

Ein neues Glied In der Kette der Lohnkämpfe

Im Verlaufe des letzten Jahres hat der Vorstand seinen Sektionen den Auftrag erteilt, überall das menschenmögliche zu tun, um eine den Verhältnissen entsprechende Revision der bestehenden Besoldungsregulative herbeizuführen. Ein solcher Rat ist natürlich leichter zu erteilen, als auszuführen, weil ein solches Beginnen je nach den Umständen auf verschiedene ungeahnte Hindernisse stossen kann, ja sogar stossen muss, wenn durch ein steckköpfiges Drauflosrennen gewisse nun einmal nicht zu ändernde Faktoren blindlings ausser acht gelassen werden.

Solche Schwierigkeiten bestehen nun auch in Bern, und Schreiber dieser Zeilen hat noch vor kurzem in unserem Organ darauf hingewiesen, warum unser neuer Arbeitsvertrag, wie wir unsere Lohnforderungen getauft haben, nicht wie verlangt wurde, schon auf den 1. Januar 1918 in Kraft treten könne. Wir müssen darauf verzichten, diese Gründe an dieser Stelle zu wiederholen.

Der engere Karlellvorstand hat aber sofort, nachdem ihm der Standpunkt der Behörden über diese für uns so wichtige Forderung bekannt wurde, Schritte eingeleitet, die dahin zielten, die Teuerungszulage für das Jahr 1918, an der der Gemeinderat nun einmal festhalten will, auf eine wesentlich verbesserte, der immer unerträglicher sich gestaltenden Teuerung entsprechende Höhe zu stellen. Es wurde deshalb an die Gemeindebehörden das Verlangen gerichtet, es sei für das Jahr 1918 eine Lohnzulage von 3 Fr. pro Arbeitstag auszurichten, womit eine jährliche Lohnaufbesserung von über 900 Fr. erreicht würde. Im ferneren eine jährliche Kinderzulage wie bisher im Betrag von 60 Fr. Ausserdem dürfe das Lohnminimum ohne Zulage nicht unter 1800 Fr. betragen. Auch der Gemeinderatsbeschluss, wonach keine definitiven Anstellungen sowie Beförderungen während der Dauer des Kriegs vorgenommen werden dürfen, sei aufzuheben. Mit Ausnahme der täglichen Lohnzulage hatte der Gemeinderat in der Budgetvorlage unserem Begehren entsprochen. Aber in bezug auf die hauptsächlichste Forderung erklärte er, vorläufig die für das Jahr 1917 ausgerichteten Teuerungszulagen in unveränderter Form auch im Jahr 1918 zur Auszahlung zu bringen. Dieser für uns absolut unannehmbare Vorschlag wurde damit begründet, man könne ja jetzt nicht zum voraus wissen, was für einen Umfang die Teuerung im nächsten Jahre annehmen werde, auch sei es besser, denjenigen Zeitpunkt abzuwarten, wo auch der Bund und der Kanton ein mehreres tun werde in der Gewährung von Teuerungszulagen. Zu allem Unglück seien die finanziellen Verhältnisse der Bundesstadt derartig schlechte, dass das Budget für das kommende Jahr ein Defizit von über 3 Millionen vorsehe.

Alle diese Ausflüchte konnten uns aber nicht davon abbringen, auf unserer Forderung zu beharren. Einmal wissen wir, dass auch der Bund den Arbeitern in den Militärwerkstätten ohne die Teuerungszulagen, die Konjunkturzulage etc., im Verlaufe dieses Jahres zuerst eine Aufbesserung von 3 und 5Rp. pro Stunde eintreten liess, und gegenwärtig abermals eine Aufbesserung von 8 resp. 10 Rp. von der eidgenössischen Werkstättekommission gutgeheissen wurde, und dies alles schon in diesem Jahr. Für das nächste Jahr wird sicher das gesamte eidgenössische Personal eine wesentlich erhöhte Teuerungszulage, wenn nicht sogar eine feste Lohnzulage, durchzusetzen wissen. Bis dahin hätten wir also zu warten und eine weitere Aufbesserung von der Stellungnahme anderer und grösserer Betriebe abhängig machen sollen. Auf einen solchen Kuhhandel konnten wir uns nicht einlassen. Es ist übrigens ein unverzeihlicher Fehler verschiedener Verbände, dass sie immer zusehen wollen, was andere erreicht haben, bevor sie selbst Forderungen aufzustellen wagen. Auf diese Weise kommen wir nie vorwärts.

Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion machte es sich dann zur Ehrensache, unserem gerechten Verlangen im Stadtrat zum Durchbruch zu verhelfen. Mit 34 gegen 33 oder mit allen sozialdemokratischen gegen alle bürgerlichen Stimmen wurde dem Bekehren unseres Kartells zugestimmt. Noch ist aber das Kap der guten Hoffnung nicht umschiff, diese Zulagen haben noch in einer gesonderten Vorlage die Klippe der Volksabstimmung zu passieren. Hoffen wir, dass derselben ein günstiger Wind gute Fahrt verleihe.

Nun müssen wir noch auf einen Punkt zurückkommen. In der oben erwähnten Stadtratssitzung demonstrierte auch der neugebackene Nationalrat Koch, freisinniger Parteisekretär, gegen den sozialdemokratischen Antrag mit der Begründung, man müsse auch den Beamten Zeit lassen, ihre Forderungen in bezug auf die Teuerungszulagen pro 1918 einzureichen. Dazu ist nun folgendes zu bemerken: Sollten die Beamten durch den Stadtratsbeschluss vom 9. November, wonach auch ihnen ein Zuschlag von 80% der für das laufende Jahr bewilligten Zulage ausgerichtet werden soll, wirklich nicht befriedigt sein, so müssen sie sich eben beim Vorstand des Beamtenverbandes bedanken und nicht den Forderungen des Kartells ein Bein stellen. Nachdem wir schon bei der letzten Bewegung beschlossen hatten, eine gemeinsame Eingabe mit den Beamten zu machen, beschloss der Kartellvorstand, neuerdings mit den Beamten Fühlung zu nehmen, trotzdem sie ihre erste Eingabe ohne uns gemacht hatten. Es wurde deshalb eine gemeinsame Sitzung verabredet, während noch am Vormittag des gleichen Tages die telephonische Zusicherung des Präsidenten vom städtischen

Beamtenverband, er werde in der Sitzung unfehlbar erscheinen, eingetroffen war, kam am Abend statt der erwarteten Delegation bloss ein nichtssagendes Schreiben, in welchem gewünscht wurde, man solle ihnen vorher schriftlich mitteilen, ob wir grundsätzlich damit einverstanden seien, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen.

Durch ein solch gelungenes Manöver musste der Kartellvorstand notgedrungen zur Einsicht kommen, es sei dem Vorstände im Ernste gar nicht darum zu tun, seine Interessen mit denjenigen des Kartells zu vereinigen, sondern es sei alles nur Spiegelfechtereie. Wir liessen deshalb den Karren laufen. Man wird uns doch im Ernst nie zumuten wollen, wir sollen uns immer vom Präsidenten des Beamtenverbandes zum besten halten lassen. Schon letzten Sommer erklärte er dem Genossen Zingg, er werde bei ihm vorsprechen betreffend gemeinsamer Unterschrift, schon damals hat er sein Wort nicht gehalten.

Am Tag der Stadtratswahlen wird also über unser künftiges Geschick entschieden werden. Gelangen auch diese Zulagen zur Annahme, dann werden die Behörden nicht umhin können, ihr gegebenes Versprechen, die bestehenden Lohnregulative gründlich zu revidieren, im Laufe des nächsten Jahres zu erfüllen, falls sie nicht wieder das Vorgehen anderer Schweizerstädte abwarten wollen, damit die Bundesstadt nicht etwa in den Verruf komme, mit der Sozialpolitik ein gutes Beispiel gegeben zu haben.

Am Schluss unserer Polemik angelangt, möchten wir unsere schon mehrfach geäusserte Ansicht, es sehen sämtliche Gemeindebetriebe ängstlich darauf, dass ja nicht etwa die Arbeiter an einem Orte besser gestellt werden als bei ihnen, neuerdings wiederholen. Durch eine solche Rechnung kann nur die Landessolidarität einen dicken Strich machen. Es würde uns deshalb sehr freuen, in Bälde zu vernehmen, dass unsere gegenwärtigen Anstrengungen andernorts ein kräftiges Echo finden.

Strassenbahner-Zeitung, 1917-11-30.

Strassenbahner Bern > Beamtenverband. Löhne. 1917-11-30.doc.